

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **09.03.2023** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 02.01.2023 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 02.01.2023 bis zum 03.02.2023, geäußerten Hinweise und Anregungen.

Abkürzungen unter Vermerk:

B = Begründung ändern oder ergänzen
L = Legende ändern oder ergänzen
T = Textliche Festsetzungen/Hinweise ändern
Z = Zurückweisung einer Argumentation

H = Handlungsbedarf außerhalb des Planwerks
N = Nicht übernehmen, da andere Belange überwiegen
U = Umweltbericht ändern oder ergänzen

K = Keine Abwägung erforderlich
P = Änderung oder Ergänzung der Planzeichnung
V = Vorschlag bereits im Plan berücksichtigt

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
1. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen	- keine Stellungnahme -	Kenntnisnahme.	K
2. Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL)	- keine Stellungnahme -	Kenntnisnahme.	K
3. Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg Referat GL 5	<p>Stellungnahme vom 31.01.2023</p> <p>Die Planungsabsicht ist an die Ziele der Raumordnung angepasst (s. Erläuterungen).</p> <p>Erläuterungen: Die Mitteilung der Ziele der Raumordnung haben Sie mit unserer Stellungnahme vom 06.04.2022 erhalten. Darin haben wir auch mitgeteilt, dass kein Widerspruch zu Zielen der Raumordnung zu erkennen ist. Diese Stellungnahme behält weiterhin Gültigkeit. Da die Fläche des o. g. Bebauungsplanes auch über eine Ergänzungssatzung nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB entwickelt werden könnte, ist die Entwicklung der geplanten Wohnsiedlungsfläche im Rahmen der Innenentwicklung i. S. des LEP HR möglich.</p> <p>Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht</p> <ul style="list-style-type: none"> Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 235) 	Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg feststellt, dass die Planungsabsicht an die Ziele und Grundsätze der Raumordnung angepasst ist.	K

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **09.03.2023** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 02.01.2023 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 02.01.2023 bis zum 03.02.2023, geäußerten Hinweise und Anregungen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<ul style="list-style-type: none"> Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35) <p>Bindungswirkung Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen. Die Ziele der Raumordnung können im Rahmen der Abwägung nicht überwunden werden. Die für die Planung relevanten Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind aus den o. g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.</p> <p>Hinweise Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.</p>		
4. Regionale Planungsgemeinschaft „Prignitz-Oberhavel“	<p>Stellungnahme vom 31.01.2023</p> <p>Die Belange der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel basieren auf den folgenden Erfordernissen der Raumordnung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung/Windenergienutzung" (ReP-Rohstoffe) vom 24. November 2010 (ABl. 2012 S. 1659) - Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" (ReP FW) vom 21. November 2018 - Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Grundfunktionale Schwerpunkte" (ReP GSP) vom 8. Oktober 2020 (ABl. S. 1321) <p>Der Entwurf des Bebauungsplanes Groß Pankow Nr. 1 "Wohngebiet an der Oberen Dorfstraße" (Stand: Oktober 2022) ist mit den Belangen der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel vereinbar.</p> <p>Begründung: Der Bebauungsplan hat die städtebauliche Entwicklung einer ca. 0,5 ha großen Fläche im Norden der Ortslage Groß Pankow als allgemeines Wohngebiet sowie Grünfläche mit der Zweckbestimmung</p>	Kenntnisnahme.	K

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **09.03.2023** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 02.01.2023 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 02.01.2023 bis zum 03.02.2023, geäußerten Hinweise und Anregungen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>"Hausgärten" zum Inhalt. Es sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von ca. 5 Wohneinheiten als zweigeschossige Einzel- und Doppelhäuser geschaffen werden.</p> <p>Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes befindet sich innerhalb der Vorbehaltsgebietes "Historisch bedeutsame Kulturlandschaft" Nr. 3 "Prignitzer Panketal" (vgl. Festlegungskarte ReP FW). Die Vorbehaltsgebiete sollen vor einer raumbedeutsamen Inanspruchnahme geschützt werden, welche die bestehenden Qualitäten der Landschaft entwerten oder stark überprägen könnte (vgl. 2.1 (G) ReP FW). Die Planung begründet unter Berücksichtigung von Dimension, räumlicher Lage und inhaltlicher Ausrichtung dahingehend keinen Widerspruch.</p> <p>Hinweise! Von den <u>regionalplanerischen Zielen</u> gehen eine <u>Anpassungspflicht</u> gemäß § 1 Absatz 4 BauGB bzw. eine Beachtenspflicht gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 ROG aus. Die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind in der Abwägung zu berücksichtigen (ebd.).</p> <p>Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung / Windenergienutzung" wurde mit Bescheid vom 14. Februar 2012 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegung des Vorbehaltsgebietes Nr. 65 "Sicherung oberflächennaher Rohstoffe" sowie die Festlegungen zur "Steuerung der Windenergienutzung". Der Regionalplan wurde zum Zwecke der Bekanntmachung entsprechend redaktionell angepasst und trägt nunmehr die Bezeichnung Regionalplan "Rohstoffsicherung".</p> <p>Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" wurde mit Bescheid vom 17. Juli 2019 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegungen zur Steuerung der raumbedeutsamen Windenergienutzung. Hiergegen hat die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel Rechtsmittel eingelegt. Die Festlegungen zum Freiraum und zu den Historisch bedeutsamen Kulturlandschaften wurden genehmigt. Die Bekanntmachung im Amtsblatt für Brandenburg hat noch zu erfolgen.</p>	<p>Kenntnisnahme. Der Hinweis ist bereits in der Begründung des Bebauungsplanes enthalten.</p>	<p>K, V</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **09.03.2023** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 02.01.2023 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 02.01.2023 bis zum 03.02.2023, geäußerten Hinweise und Anregungen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Durch die regionalplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.</p> <p>Nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens bitten wir um Information über den Planungsfortgang. Insbesondere bitten wir um Zusage des Abwägungsergebnisses sowie der genehmigten Satzung.</p>	<p>Die Regionalplanung erhält nach Fassung des Beschlusses zur Abwägung eine entsprechende Mitteilung über das Ergebnis der Abwägung. Des Weiteren erhält Die Regionalplanung nach Eintritt der Rechtskraft des Bebauungsplanes eine entsprechende Satzungsfassung.</p>	H
5. Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV)	<p>Stellungnahme vom 16.01.2023</p> <p>Gegen die vorliegende Planung bestehen im Hinblick auf die zum Zuständigkeitsbereich des Landesamtes für Bauen und Verkehr gehörenden Verkehrsbereiche Binnenschifffahrt, übriger ÖPNV und Luftfahrt keine Bedenken. Schiffbare Landesgewässer werden nicht berührt.</p> <p><u>Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr</u> Die nördlich verlaufende Bahnstrecke Wittenberge - Pritzwalk mit Zugbetrieb (Regional- und Güterverkehr) hat eventuell Auswirkungen auf die geplanten Wohngebäude, da hier Verkehrslärm eintreten können. Dies ist ggf. bei der Lärmschutzplanung zu berücksichtigen.</p> <p>Für die Errichtung von Wohngebäuden dürfen sich keine Lärmschutzforderungen aus der bereits vorhandenen Eisenbahnstrecke ergeben. Dies gilt insbesondere für Emissionen und Immissionen, wie Funkenflug, Erschütterungen, Lärmbelästigungen und dergleichen, die von Bahnanlagen und dem gewöhnlichen Bahnbetrieb ausgehen. Forderungen zu Schutzmaßnahmen werden vom Eisenbahninfrastrukturunternehmen nachträglich nicht akzeptiert. Hier ist ggf. der Immissionsschutz bei den geplanten Wohngebäuden zu berücksichtigen.</p> <p>Für die Verkehrsbereiche übriger ÖPNV, Schienenpersonennahverkehr, ziviler Luftverkehr (Flugplätze), Landeswasserstraßen und Häfen liegen mir Informationen zu Planungen, die das Vorhaben betreffen können, nicht vor.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Aufgrund der räumlichen Entfernung zur vorhandenen Bahnstrecke ist davon auszugehen, dass mit keinen erheblichen Lärmbelästigungen im Plangebiet zu rechnen ist. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Realisierungsplanung beachtet.</p> <p>Kenntnisnahme. Im Rahmen der späteren Realisierungsplanung werden bei möglichem Bedarf entsprechende Schallschutzmaßnahmen an den neuen Wohngebäuden umgesetzt.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>	<p>K</p> <p>K</p> <p>K</p> <p>K</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **09.03.2023** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 02.01.2023 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 02.01.2023 bis zum 03.02.2023, geäußerten Hinweise und Anregungen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.		
6. Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg (LS) Region West	Stellungnahme vom 23.01.2023 Der Geltungsbereich des Bebauungsplans befindet sich aus straßenrechtlicher Sicht innerhalb der Ortsdurchfahrt Groß Pankow. Die verkehrliche Erschließung ist über kommunale Straßen sichergestellt. Vor diesem Hintergrund werden die durch den Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Dienststätte Kyritz zu vertretenden Belange nicht berührt.	Kenntnisnahme.	K
7. Brandenburgischer Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB)	Stellungnahme vom 09.01.2023 Keine Einwände	Kenntnisnahme.	K
8. Brandenburgische Boden GmbH	- keine Stellungnahme –	Kenntnisnahme.	K
9. Zentraldienst der Polizei Kampfmittelbeseitigungsdienst	Stellungnahme vom 04.01.2023 Zur Beplanung des o. g. Gebietes bestehen keine grundsätzlichen Einwände. Bei konkreten Bauvorhaben ist bei Notwendigkeit eine Kampfmittelfreiheitsbescheinigung beizubringen. Darüber entscheidet die für das Baugenehmigungsverfahren zuständige Behörde auf der Grundlage einer vom Kampfmittelbeseitigungsdienst erarbeiteten Kampfmittelverdachtsflächenkarte. Diese Einschätzung gilt auch für zukünftige Änderungen dieses Planes. Neuerungen bei der Verlegung von Medienträgern Für die Verlegung von Medienträgern und die damit verbundenen erforderlichen Bodeneingriffe in Bestandstrassen in Kampfmittelverdachtsgebieten ist eine Freistellung von Anträgen auf Grundstücksüberprüfung	Kenntnisnahme. Die Hinweise werden im weiteren Verfahren beachtet und in die Begründung redaktionell aufgenommen.	K, B

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **09.03.2023** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 02.01.2023 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 02.01.2023 bis zum 03.02.2023, geäußerten Hinweise und Anregungen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	möglich. Weitere Hinweise hierzu finden Sie unter nachfolgendem Link: Link: https://polizei.brandenburg.de/fm/32/Merkblatt%20Freistellung.pdf Die Datenschutzerklärung finden Sie unter dem folgenden Link: https://polizei.brandenburg.de/seite/datenschutzerklaerung-fuer-kampf-mittelfr/1295899		
10. Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit Regionalbereich West	Stellungnahme vom 03.01.2023 Im Rahmen der Prüfung der Unterlagen teile ich Ihnen mit, dass in diesem Planungsstadium die Belange des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit noch nicht berührt werden und daher keine Stellungnahme abgegeben wird. Eine Bearbeitung erfolgt erst nach Übersendung der detaillierten Projektunterlagen durch das zuständige Bauordnungsamt.	Kenntnisnahme.	K
11. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg (MWAE)	- keine Stellungnahme -	Kenntnisnahme.	K
12. Landesamt Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR)	Stellungnahme vom 16.01.2023 Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung. 1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können: Keine. 2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands: Keine. 3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan:	Kenntnisnahme. Kenntnisnahme. Kenntnisnahme.	K K K

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **09.03.2023** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 02.01.2023 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 02.01.2023 bis zum 03.02.2023, geäußerten Hinweise und Anregungen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Geologie: Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden.</p> <p>Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeolDG)).</p>	Kenntnisnahme.	K
13. Handwerkskammer Potsdam	- keine Stellungnahme -	Kenntnisnahme.	K
14. Kreishandwerkerschaft Prignitz	<p>Stellungnahme vom 10.01.2023</p> <p>Nach Sichtung der mir vorliegenden Unterlagen wird dem Bebauungsplan zugestimmt. Die von uns zu vertretenden Belange werden derzeit nicht berührt.</p>	Kenntnisnahme.	K
15. IHK Potsdam Industrie- und Handelskammer Regionalcenter Prignitz	- keine Stellungnahme -	Kenntnisnahme.	K
16. Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM)	<p>Stellungnahme vom 10.01.2023</p> <p>Abteilung Archäologie Da im Vorhabengebiet keine Bodendenkmale bekannt sind, bestehen gegen die vorliegende Planung aus Sicht des Brandenburgischen</p>	Kenntnisnahme.	K

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **09.03.2023** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 02.01.2023 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 02.01.2023 bis zum 03.02.2023, geäußerten Hinweise und Anregungen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums, Abt. Bodendenkmalpflege, keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>Da jedoch mit dem Vorhandensein von bisher unentdeckten Bodendenkmalen zu rechnen ist, machen wir auf folgende Festlegungen im Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) - vom 24. Mai 2004 (GVBl. I, S. 215) aufmerksam:</p> <p>Sollten bei Erdarbeiten Bodendenkmale, wie Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Tonscherben, Metallsachen, Münzen, Knochen u.ä. entdeckt werden, sind diese unverzüglich dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, Abteilung Bodendenkmalpflege, unter der o.g. Adresse und der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 und 2 BbgDSchG). Die entdeckten Bodendenkmale und die Entdeckungsstätte sind bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG).</p> <p>Funde sind unter den Voraussetzungen der §§ 11 Abs. 4, 12 BbgDSchG abgabepflichtig. Die Bauausführenden sind über diese gesetzlichen Festlegungen zu belehren.</p>	Kenntnisnahme. Die Hinweise sind bereits in den Planunterlagen des Bebauungsplanes integriert.	K, V
17. Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF)	<p>Stellungnahme vom 11.01.2023</p> <p>Das Planungsgebiet ist weder von punktuellen Bodenordnungsmaßnahmen nach § 64 LwAnpG noch von großflächigen Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz betroffen. Es liegen auch keine entsprechenden Anträge vor. Eine weitere Beteiligung ist nicht erforderlich.</p>	Kenntnisnahme.	K
18. Landesamt für Umwelt (LfU)	<p>Stellungnahme vom 25.01.2023</p> <p>Die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des</p>		

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft.</p> <p>Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahme der Fachabteilung Immissionsschutz übergeben. Die Fachabteilung Wasserwirtschaft zeigt keine Betroffenheit an. Die fachliche Zuständigkeit für den Naturschutz obliegt der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Prignitz.</p> <p>Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2 - Immissionsschutz -</p> <p>X Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p> <p><u>1. Sachstand</u> Antragsgegenstand ist der Bebauungsplan Nr. 1 „Wohngebiet an der Oberen Dorfstraße“ der Gemeinde Groß Pankow, Ortsteil Pankow. Der B-Plan wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13b Baugesetzbuch (BauGB) ohne Umweltprüfung aufgestellt. Ziel der vorgelegten Planung ist die Schaffung von Planungsrecht für die Errichtung von Wohnhäusern. Im Geltungsbereich wird ein Allgemeines Wohngebiet gem. § 4 Baunutzungsverordnung (BauNVO), Grün- und Verkehrsflächen festgesetzt.</p> <p>Im Geltungsbereich des vorliegenden B-Planes befinden sich nach aktuellem Kenntnisstand keine nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) genehmigungsbedürftigen Anlagen. Er liegt nicht im Einwirkungsbereich von erheblichen Verkehrsimmissionen</p> <p>Der vorliegende Bebauungsplan wurde insbesondere nach den Grundsätzen des § 50 BImSchG i.V.m. § 1 Abs. 5 und Abs. 6 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) geprüft. Demnach sollen Flächen unterschiedlicher Nutzung einander so zugeordnet werden, dass schädliche</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>	<p>K</p> <p>K</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **09.03.2023** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 02.01.2023 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 02.01.2023 bis zum 03.02.2023, geäußerten Hinweise und Anregungen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Umwelteinwirkungen (§§ 1 und 3 BImSchG) auf schutzwürdige Nutzungen weitgehend vermieden und neue Konfliktlagen ausgeschlossen werden.</p> <p><u>2. Fazit</u> Den Ausführungen zu den Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch (S. 8) wird gefolgt. Negative Auswirkungen der Planung auf das Schutzgut Mensch sind primär durch baubedingte, temporäre Emissionen zu befürchten. Diese sind nach Maßgabe des Brandenburgischen Landesimmissionsschutzgesetz vom 22.Juli 1999 (LImSchG), der Richtlinien der Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung vom 29.08.2002 (32. BImSchV, BGBl. I S. 3478) und der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm – Geräuschimmissionen“ vom 19.08.1970 (AVV Baulärm, Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 160 vom 01.09.1970) zu mindern. Die baubedingten Ausführungen werden bei fach- und sachgerechter Ausführung als verträglich eingeschätzt. Ergänzungen oder weiterführende Untersuchungen sind nach jetzigem Kenntnisstand nicht erforderlich.</p> <p>Ausgehend von Art und Umfang der geplanten Neuentwicklung von Wohnsiedlungsflächen und dem bereits in der näheren Umgebung existierenden Nutzungsbestand sind Immissionskonflikte infolge der Vorhabensrealisierung derzeit nicht erkennbar. Der vorliegenden Planung wird zugestimmt.</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen. Weiterhin wird um eine Anzeige zum Inkrafttreten des Planes bzw. die Erteilung der Genehmigung gebeten.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Das Landesamt für Umwelt erhält nach Fassung des Beschlusses zur Abwägung eine entsprechende Mitteilung über das Ergebnis der Abwägung. Des Weiteren erhält das Landesamt für Umwelt nach Eintritt der Rechtskraft des Bebauungsplanes eine entsprechende Satzungsfassung.</p>	<p>K</p> <p>K</p> <p>H</p>
19. Landesbetrieb Forst Brandenburg Oberförsterei Bad Wilsnack	<p>Stellungnahme vom 03.01.2023</p> <p>Von Seiten der Oberförsterei Bad Wilsnack bestehen keine Einwände zu oben genannten Bauvorhaben. Waldflächen gemäß § 2 des Waldgesetzes des Landes Brandenburg (LWaldG) vom 20. April 2004 (GVBl. I/04, [Nr.06], S. 137) in der jeweils geltenden Fassung sind nicht betroffen.</p>	Kenntnisnahme.	K

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **09.03.2023** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 02.01.2023 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 02.01.2023 bis zum 03.02.2023, geäußerten Hinweise und Anregungen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
20. Landesbüro der anerkannten Naturschutzverbände	<p>Stellungnahme vom 01.02.2023</p> <p>Das Plangebiet hat eine Größe von 0,5 ha und befindet sich nördlich der Oberen Dorfstraße in der Gemeinde Groß Pankow. Der Bebauungsbereich grenzt östlich und südlich an vorhandene Bebauung an und wird derzeit landwirtschaftlich bewirtschaftet. Am Straßenbereich und an der östlichen Grundstücksgrenze sind Gehölz- und Biotopstrukturen vorhanden.</p> <p>Mit dem Planvorhaben wird offener Boden versiegelt und der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen. Aus Natur- und Landschaftsschutzsicht ist die Inanspruchnahme von landwirtschaftlicher Nutzfläche für Wohnbauzecke in keinsten Weise nachvollziehbar, vor allem weil u.E. die Gemeinde über ausreichend Entwicklungsflächen innerhalb der Ortsbebauung verfügt.</p> <p>Die dauerhafte Versiegelung führt zur Verminderung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, das Schutzgut Boden wird in seinen Funktionen beeinträchtigt und das Landschafts-/Ortsbild als auch das Artenspektrum erfährt Veränderung.</p>	<p>Innerhalb der Ortsbebauung des Ortsteils Groß Pankow in der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) sind derzeit keine Flächen im Eigentum der Gemeinde, die für Wohnbebauung zur Verfügung stünden und die eine Wohnbebauung für ein Wohngebiet an der Oberen Dorfstraße zulassen würde.</p> <p>Das Schutzgut Boden wird durch die zukünftige Versiegelung im Plangebiet beeinträchtigt, jedoch muss an dieser Stelle festgehalten werden, dass der Boden auf dieser Fläche durch die jahrhundertlange ackerbauliche Nutzung in seinen Bodenfunktionen bereits stark vorbelastet ist. Das Landschaftsbild der Prignitz ist geprägt von der ackerbaulich geprägten Kulturlandschaft einerseits und den dörflichen Siedlungsstrukturen andererseits. Ein erheblicher Eingriff in das Landschaftsbild findet mit der Realisierung des Planungsvorhabens an der Oberen Dorfstraße und der damit verbundenen kleinräumigen Erweiterung der dörflichen Siedlungsstruktur nicht statt. Aufgrund der Nähe des Plangebiets zum Vogelschutzgebiet „Agrarlandschaft Prignitz-Stepenitz“ und dem möglichen Vorhandensein von Brutvögeln sowie anderer potentiell vorkommender Arten im Plangebiet wurde ein artenschutzfachliches Gutachten seitens des Büros für Freilandkartierung und Landschaftsplanung (Bechliner Weg 8, 16816 Neuruppin) von Herrn Dipl.-Ing. (FH) Daniel Meisel erstellt, welches im Ergebnis feststellt, dass für den überwiegenden Teil von relevanten Artengruppen bei der Umsetzung des Vorhabens kein artenschutzrechtlicher Eingriff gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG ausgelöst wird, sofern im Aktionszeitraum der Zauneidechse, also zwischen dem 01.04. bis zum 15.10., ein 50 cm hoher, glatter und ins Erdreich eingelassener Reptilienschutzzaun um den betreffenden Brachestreifen im Südwesten des Plangebiets gezogen wird.</p>	<p>Z</p> <p>Z</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **09.03.2023** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 02.01.2023 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 02.01.2023 bis zum 03.02.2023, geäußerten Hinweise und Anregungen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Wir möchten in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Naturraumausstattung ein gesellschaftliches Gut und der Schutz der Biodiversität ein Gemeinwohlziel ist, das deutlich stärker in allen Lebensbereichen Berücksichtigung finden muss. Umso mehr ist dem Grundsatz vom „sparsamen Umgang mit Grund Boden“ zu folgen und eine Mehrfachnutzung versiegelter Fläche geboten und verpflichtend.</p> <p>Ungenutzte Dachflächen von Gebäude sind im Hinblick auf den Klimaschutz nicht mehr zeitgemäß. Deshalb sollte die Solarnutzung zur Eigenversorgung als Festsetzung grundsätzlich verbindlich gemacht werden.</p> <p>Aufgrund dessen, dass sich das Planvorhaben im ländlichen Raum befindet, ist mit Ansiedlungen von Gebäudebrütern zu rechnen. Deshalb sollten auch bauliche Möglichkeiten zur Ansiedlung als vorsorgliche Maßnahme in Betracht gezogen werden (https://www.gruenshoppen.de/rauschschwalbenhaus-rauschschwalbenbrutersatz-ausgleichsmassnahme-fuer-rauschschwalben). In diesem Zusammenhang sind auch die Anlage von Gründächer und Blühstreifen zu fördern.</p> <p>Die Straßen- und Außenbeleuchtungen sollten nicht viel heller als unbedingt notwendig sein (DIN EN 13201 beachten) und auf ein erforderliches notwendiges Maß beschränkt sein und insektenfreundlich gestaltet werden. Vor allem sollte sie nicht in die freie Landschaft strahlen. Es ist auf eine gute Abschirmung zu achten, da u.U. zu viel Fläche beleuchtet wird. Die lichttechnische Gesellschaft und Fördergemeinschaft für gutes Licht empfehlen Natriumdampflampen wegen des geringen Energieeinsatzes, der höchsten Lichtausbeute und der geringen Anziehung von vor allem nachtaktiven Insekten. Die Verwendung von insektenschonenden Lampen bzw. einen umweltschonenden Beleuchtungskonzept sollte hier im Hinblick auf die unmittelbare Nähe zum freien Landschaftsraum obligatorisch sein.</p> <p>Gerade in Zeiten in denen auf allen Ebenen über die Bedeutung von Klima-, Insekten- und Biodiversitätsschutz auch als Vorsorge für das menschliche Wohlergehen gesprochen wird, wird ein entsprechender zukunftsweisender Umgang seitens der Verwaltungen erwartet. Der Schutz der Biodiversität ist ein Gemeinwohlziel, das deutlich stärker in allen Lebensbereichen Berücksichtigung finden muss. Deshalb sollte auch die Planung darauf abzielen einen urbanen Raum zu entwickeln, in dem der</p>	<p>Der Hinweis wird beachtet.</p> <p>Zu diesem Zeitpunkt gibt es weder im Land Brandenburg noch auf Bundesebene eine rechtliche Vorgabe, die die Festsetzung von Photovoltaik-Modulen auf Dachflächen von Neubauten ermöglicht.</p> <p>Die Hinweise werden beachtet.</p> <p>Die Straßenbeleuchtung ist vorhanden und nicht Bestandteil des Bauleitplans.</p>	<p>K</p> <p>Z</p> <p>K</p> <p>Z</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **09.03.2023** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 02.01.2023 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 02.01.2023 bis zum 03.02.2023, geäußerten Hinweise und Anregungen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Arten-/Natur-/Landschaftsschutz neben der Bebauung eine gleichberechtigte Betrachtung erfährt.</p> <p>Wir bitten um weitere Beteiligung am Verfahren.</p>		
21. Landkreis Prignitz	<p>Stellungnahme vom 27.01.2023</p> <p>I. Sb Umwelt</p> <p><u>1. als untere Wasserbehörde (UWB)</u> Gegen den o. g. Bebauungsplan bestehen keine Bedenken.</p> <p><u>2. als untere Naturschutzbehörde (UNB)</u> Der BP wird aufgrund seiner Größe gemäß § 13 b BauGB nach den Regelungen des § 13 BauGB ohne Umweltprüfung und Erstellung eines Umweltberichtes aufgestellt. Unabhängig davon ist der gesetzliche Biotop-, Gehölz- und Artenschutz zu beachten.</p> <p>Gemäß § 1 Abs. 1 NatSchZustV ist die untere Naturschutzbehörde (UNB) für die Durchführung des BNatSchG sowie des BbgNatSchAG und der auf Ihrer Grundlage erlassenen Rechtsvorschriften zuständig, soweit im BbgNatSchAG oder in der NatSchZustV nichts anders bestimmt ist. Demzufolge nimmt die UNB alle Belange des Natur- und Artenschutzes wahr. Die Zuständigkeit der Oberen Naturschutzbehörde (ONB, LfU, Referat N 1) ist in diesem Beteiligungsverfahren nicht gegeben. Seitens der UNB bestehen gegen den BP(-Entwurf) keine Bedenken.</p> <p><u>Biotopschutz</u> Eine ausreichende Ermittlung der Biotop- und Nutzungstypen im Plangebiet ist in Form einer Biotoptypenkartierung im August 2022 erfolgt. Es wurden keine gesetzlich geschützten Biotope im Plangebiet kartiert. Beeinträchtigungen geschützter Biotope nach § 30 Abs. 2 BNatSchG bzw. § 18 Abs. 1 BbgNatSchAG können somit durch das Vorhaben ausgeschlossen werden.</p> <p><u>Artenschutz</u> Die artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG gelten gemäß § 44 Abs. 5 BNatSchG für nach den Vorschriften des</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>	<p>K</p> <p>K</p> <p>K</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **09.03.2023** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 02.01.2023 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 02.01.2023 bis zum 03.02.2023, geäußerten Hinweise und Anregungen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Baugesetzes zulässige Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG (Vorhaben in Gebieten mit Bebauungsplänen nach § 30 BauGB, während der Planaufstellung nach § 33 BauGB und im Innenbereich nach § 34 BauGB), für europäische Vogelarten und Arten des Anhang IV der FFH - Richtlinie. Alle anderen nur national geschützten Arten (besonders geschützt) sind im Rahmen der Abwägung / Eingriffsregelung nach den Vorschriften des § 1a BauGB auf der Planungsebene zu behandeln.</p> <p><u>Reptilien (Zauneidechse):</u> Im Rahmen einer durch den Gutachter Dipl.-Ing. (FH) Daniel Meisel (Büro für Freilandkartierung und Landschaftsplanung, Bechliner Weg 8, 16816 Neuruppin) vorgenommenen Potenzialabschätzung (u.a. zu den Reptilien) und einer am 22.08.2022 durchgeführten Begehung des Geländes, wird zumindest hinsichtlich der Zauneidechsen ein Vorkommen am westlichen Plangebietsrand (Brachestreifen vor Baugrundstück Nr. 1, im Bereich der Trafostation) nicht ausgeschlossen. Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen der Zauneidechsen (insb. Tötung) ist die Umzäunung des potentiellen Habitatbereichs mit einem geeigneten Reptilienschutzzaun (50 cm hoch, glatt, ins Erdreich eingelassen) während der Bauarbeiten und in der Aktionszeit der Reptilien (vom 01.04. bis 15.10.) vorgesehen. Der erforderliche Zaunverlauf ist in Abbildung 13 des Gutachtens dargestellt. Nach Meinung der UNB ist die vorgeschlagene Vermeidungsmaßnahme ausreichend und geeignet, um erhebliche Beeinträchtigungen für die Reptilien zu vermeiden, so dass mit Einhaltung dieser Maßnahme eine Verletzung der Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG nicht zu erwarten ist.</p> <p><u>Abkürzungs- u. Fundstellenverzeichnis</u> BauGB: Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 1 und 2 des Gesetzes vom 04.01.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 6) geändert worden ist</p> <p>BNatSchG: Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I, S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 08. Dezember 2022 (BGBl. I, S. 2240)</p>	Kenntnisnahme.	K

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **09.03.2023** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 02.01.2023 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 02.01.2023 bis zum 03.02.2023, geäußerten Hinweise und Anregungen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>BbgNatSchAG: Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz-BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013 (GVBl. I/13 Nr. 3) geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. September 2020 (GVBl. I/20, Nr. 28)</p> <p>NatSchZustV: Verordnung über die Zuständigkeit der Naturschutzbehörden (Naturschutzzuständigkeitsverordnung - NatSchZustV) vom 27. Mai 2013 (GVBl. II Nr. 43) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Juli 2021 (GVBl. II/21, Nr. 71)</p> <p>BaumSchV-PR: Baumschutzverordnung Prignitz (BaumSchV-PR) vom 11. Dezember 2008, geändert durch die Erste Verordnung zur Änderung der Rechtsverordnung vom 25.06.2009</p> <p>II. Sb Bauordnung <u>Planungsrecht</u> 1. Verfahrensvermerke</p> <ul style="list-style-type: none"> Der unter Gliederungspunkt 2 aufgeführte Verfahrensvermerk ist fehlerhaft. Die Verfahrensschritte nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB wurden durchgeführt. Der Verfahrensvermerk ist zu berichtigen bzw. in Übereinstimmung mit Verfahrensvermerk 3 zu bringen. Der unter Gliederungspunkt 9 aufgeführte Ausfertigungsvermerk ist unvollständig und um das Datum des Satzungsbeschlusses zu ergänzen. <p>2. Übersichtskarte</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Übersichtskarte ist um die Angabe eines Nordpfeiles zu ergänzen. Die Übersichtskarte ist um die Angabe eines Quellenvermerkes zu ergänzen. 	<p>Aufgrund der Aufstellung des Bebauungsplanes Groß Pankow Nr. 1 nach § 13b BauGB und der Verfahrensführung nach § 13 BauGB im vereinfachten Verfahren wurde die Möglichkeit des Verzichtes auf die frühzeitigen Beteiligungsverfahren nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB wahrgenommen. Um jedoch die planerischen Vorabstimmungen auf behördlicher Ebene, insbesondere mit dem Landkreis, trotz dessen frühzeitig durchführen zu können, wurde ein eingeschränktes frühzeitiges Beteiligungsverfahren mit dem Landkreis Prignitz durchgeführt. Dieser Umstand wurde in den Verfahrensvermerken konkretisiert.</p> <p>Der Verfahrensvermerk wird entsprechend dem Hinweis konkretisiert.</p> <p>Den Hinweisen zur Übersichtskarte wird gefolgt und an entsprechender Stelle in der Planzeichnung ergänzt.</p>	<p>P</p> <p>P</p> <p>P</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **09.03.2023** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 02.01.2023 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 02.01.2023 bis zum 03.02.2023, geäußerten Hinweise und Anregungen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p><i>3. Begründung</i></p> <ul style="list-style-type: none"> Laut Gliederungspunkt 6.4.1 Schutzgut Boden <u>sollten</u> die Flächen für die Zufahrten und zum Abstellen von Kraftfahrzeugen, <u>wenn möglich</u>, teilversiegelt werden. Diese Aussage ist unbestimmt. Der unter Gliederungspunkt 8 aufgeführte Verfahrensverlauf ist mit den erforderlichen Änderungen auf der Planzeichnung (Ausführung 2.1 dieser Stellungnahme) in Übereinstimmung zu bringen. 	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Es wurde bereits der Verfahrensablauf im Zusammenhang mit dem eingeschränkten frühzeitigen Beteiligungsverfahren mit dem Landkreis (s.o.) erläutert. Dieser Umstand wird ebenfalls in der Begründung konkretisiert.</p>	<p>K</p> <p>B</p>
22. Wasser- und Bodenverband "Prignitz" Pritzwalk	<p>Stellungnahme vom 11.01.2023</p> <p>Im räumlichen Geltungsbereich des oben genannten Bebauungsplans sind keine Wasserläufe II. Ordnung und nach unserem Kenntnisstand auch keine Drainagen betroffen, so dass Belange des Wasser- und Bodenverbandes "Prignitz" nicht berührt werden.</p>	Kenntnisnahme.	K
23. Wasser- und Abwasserzweckverband Pritzwalk	- keine Stellungnahme -	Kenntnisnahme.	K
24. PVU Prignitzer Energie- und Wasserversorgungsunternehmen GmbH	- keine Stellungnahme -	Kenntnisnahme.	K
25. Vodafone GmbH / Vodafone Kabel Deutschland GmbH	<p>Stellungnahme vom 03.02.2023</p> <p>Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.</p> <p>Eine Ausbauentscheidung trifft Vodafone nach internen Wirtschaftlichkeitskriterien. Dazu erfolgt eine Bewertung entsprechend Ihrer Anfrage zu</p>	Kenntnisnahme.	K

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **09.03.2023** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 02.01.2023 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 02.01.2023 bis zum 03.02.2023, geäußerten Hinweise und Anregungen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	einem Neubaugebiet. Bei Interesse setzen Sie sich bitte mit dem Team Neubaugebiete in Verbindung.		
26. Telefonica Germany GmbH Co. OHG	- keine Stellungnahme -	Kenntnisnahme.	K
27. Deutsche Telekom Technik GmbH PTI 31 - Planauskunft	<p>Stellungnahme vom 26.01.2023</p> <p>Im Planungsbereich, im öffentlichen Straßenland, befinden sich Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Telekom, die aus dem beigefügten Plan ersichtlich sind.</p> <p>Der beigefügte Bestandsplan der Telekom entspricht nur dem derzeitigen Stand. Änderungen oder Errichtungen von TK-Linien sind bis zum Beginn der Arbeiten möglich. Wir bitten daher, diesen Plan nicht zur Bauausführung zu verwenden.</p> <p>Vor Tiefbauarbeiten über oder in unmittelbarer Nähe unserer TK-Linien ist es erforderlich, dass sich die Bauausführenden vorher durch</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kabeleinweisung via Internet (Flyer Trassenauskunft Kabel), • Nutzung des Leitungsauskunftsportal der infrest GmbH (www.infrest.de) oder • E-Mail: Planauskunft_brandenburg@telekom.de <p>in die genaue Lage dieser Anlagen einweisen lassen und die Bauausführenden immer die „Anweisung zum Schutze unterirdischer Anlagen der Telekom Deutschland GmbH bei Arbeiten Anderer (Kabelschutzanweisung)“ – siehe Anlage – beachten, um Schäden am Eigentum der Telekom Deutschland GmbH zu vermeiden.</p> <p>Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH unter der im Briefkopf genannten Adresse so früh wie möglich, mindestens 4</p>	Kenntnisnahme. Die Hinweise zum Kabelverlauf der Leitungen der Telekom werden redaktionell in der Begründung ergänzt.	K, B

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **09.03.2023** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 02.01.2023 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 02.01.2023 bis zum 03.02.2023, geäußerten Hinweise und Anregungen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk																				
	<p>Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden.</p> <p>Die einzelnen Hausanschlüsse können von den Grundstückseigentümern über den Bauherrens-service beauftragt werden, der unter der kostenfreien Rufnummer 0800 33 01903 zu erreichen ist. Eine Kontaktaufnahme über das Internet: www.telekom.de/hilfe/bauherren ist ebenfalls möglich.</p> <p>Zur leichteren Versorgung der neuen Gebäude auf den einzelnen Grundstücken ist es sinnvoll, für alle Medienträger ein Leerrohr zwischen Hausanschluss und straßenseitiger Grundstücksgrenze bei der Erschließung vorzusehen.</p>																						
28. GDMcom Gesellschaft für Dokumentation und Telekommunikation GmbH	<p>Stellungnahme vom 06.01.2023</p> <p>Bezugnehmend auf Ihre oben genannte/n Anfrage(n), erteilt GDMcom Auskunft zum angefragten Bereich für die folgenden Anlagenbetreiber:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Anlagenbetreiber</th><th>Hauptsitz</th><th>Betroffenheit</th><th>Anhang</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Erdgasspeicher Peissen GmbH</td><td>Halle</td><td>nicht betroffen</td><td>Auskunft Allgemein</td></tr> <tr> <td>Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) ¹</td><td>Schwaig b. Nürnberg</td><td>nicht betroffen</td><td>Auskunft Allgemein</td></tr> <tr> <td>ONTRAS Gastransport GmbH ²</td><td>Leipzig</td><td>nicht betroffen</td><td>Auskunft Allgemein</td></tr> <tr> <td>VNG Gasspeicher GmbH ²</td><td>Leipzig</td><td>nicht betroffen</td><td>Auskunft Allgemein</td></tr> </tbody> </table> <p>1) Die Ferngas Netzgesellschaft mbH („FG“) ist Eigentümer und Betreiber der Anlagen der früheren Ferngas Thüringen-Sachsen GmbH („FGT“), der Erdgasversorgungsgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (EVG) bzw. der Erdgastransportgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (ETG).</p> <p>2) Wir weisen darauf hin, dass die Ihnen ggf. als Eigentümerin von Energieanlagen bekannte VNG – Verbundnetz Gas AG, Leipzig, im Zuge gesetzlicher Vorschriften zur Entflechtung vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen zum 01.03.2012 ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Netz“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die ONTRAS – VNG Gastransport GmbH (nunmehr firmierend als ONTRAS Gastransport GmbH) und ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Speicher“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die VNG Gasspeicher GmbH übertragen hat. Die VNG – Verbundnetz Gas AG ist damit nicht mehr Eigentümerin von Energieanlagen.</p>	Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang	Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) ¹	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	ONTRAS Gastransport GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	VNG Gasspeicher GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	Kenntnisnahme.	K
Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang																				
Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																				
Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) ¹	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																				
ONTRAS Gastransport GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																				
VNG Gasspeicher GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																				

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **09.03.2023** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 02.01.2023 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 02.01.2023 bis zum 03.02.2023, geäußerten Hinweise und Anregungen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Diese Auskunft gilt nur für den dargestellten Bereich und nur für die Anlagen der vorgenannten Unternehmen, so dass noch mit Anlagen weiterer Betreiber gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte einzuholen sind!</p> <p>Anhang - Auskunft Allgemein <u>ONTRAS Gastransport GmbH</u> <u>Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen)</u> <u>VNG Gasspeicher GmbH</u> <u>Erdgasspeicher Peissen GmbH</u></p> <p>Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der/s oben genannten Anlagenbetreiber/s. Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben.</p> <p>Auflage: Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden oder der Arbeitsraum die dargestellten Planungsgrenzen überschreiten, so ist es notwendig, eine erneute Anfrage durchzuführen. Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen vorgesehen sind, hat durch den Bauausführenden rechtzeitig - also mindestens 6 Wochen vor Baubeginn - eine erneute Anfrage zu erfolgen.</p>	Kenntnisnahme.	K
29. E.ON edis Regionalbereich Prignitz-Ruppin	<p>Stellungnahme vom 16.01.2023</p> <p>In ihrem Planungsgebiet befinden sich Anlagen (Transformatorenstation, Mittelspannungskabel, Niederspannungskabel) im Eigentum der E.DIS Netz GmbH. Wir senden Ihnen einen Bestandsplan zu Ihrer Verfügung. Im Vorfeld ist weiterhin eine Spartenauskunft über das Auskunftportal zu beantragen.</p> <p>Die Versorgung des Plangebiets mit elektrischem Strom kann, mit entsprechendem rechtzeitigem Antrag und Vorlaufzeit, durch die EDIS Netz GmbH sichergestellt werden. Da Energieanlagen nicht über- oder unterbaut werden dürfen, sind evtl. Umverlegungs- bzw. Schutzmaßnahmen rechtzeitig mit uns abzustimmen. Dieser Verfahrensweg ist auch dann</p>	Kenntnisnahme. Die gegebenen Hinweise zum Leitungsverlauf der e.dis werden redaktionell in der Begründung ergänzt.	K, B

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **09.03.2023** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 02.01.2023 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 02.01.2023 bis zum 03.02.2023, geäußerten Hinweise und Anregungen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	notwendig, wenn zurzeit unbefestigte Straßen und Gehwege ausgebaut, verändert bzw. befestigt werden sollen. Wir möchten darauf hinweisen, dass wir Ihr Vorhaben zum heutigen Zeitpunkt, als Information zum Planungsstand betrachten, ohne dass von uns konkrete Maßnahmen geplant werden.		
30. 50Hertz Transmission GmbH Netzbetrieb	Stellungnahme vom 03.01.2023 Nach Prüfung der Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen) befinden oder in nächster Zeit geplant sind.	Kenntnisnahme.	K
31. Tourismusverband Prignitz e.V.	- keine Stellungnahme –	Kenntnisnahme.	K
32. Stadt Pritzwalk	Stellungnahme vom 05.01.2023 Im Rahmen der o.g. Beteiligung für den Bebauungsplan Nr. 01 Groß Pankow „Wohngebiet an der Oberen Dorfstraße“ möchten wir Ihnen mitteilen, dass eine direkte Betroffenheit der Stadt Pritzwalk, einschließlich seiner Ortsteile, aufgrund der räumlichen Entfernung nicht gegeben ist. Anregungen oder Hinweise bezüglich der verbindlichen Bauleitplanung haben sich nach Prüfung der vorliegenden Unterlagen nicht ergeben.	Kenntnisnahme.	K
33. Gemeinde Heiligengrabe	Stellungnahme vom 05.01.2023 Aus Sicht der Gemeinde Heiligengrabe bestehen keine Einwände. Derzeit sind keine Planungen bzw. sonstige Entwicklungsvorhaben der Gemeinde vorgesehen, die für den Planbereich von Bedeutung sind.	Kenntnisnahme. Kenntnisnahme.	K K

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **09.03.2023** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 02.01.2023 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 02.01.2023 bis zum 03.02.2023, geäußerten Hinweise und Anregungen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
34. Gemeinde Gumbtow	<p>Stellungnahme vom 05.01.2023</p> <p>In Bezug auf Ihrer E-Mail vom 02.01.2023 zum Bebauungsplan Groß Pankow Nr. 1 „Wohngebiet an der Oberen Dorfstraße“ der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz), erfolgt seitens der Gemeinde Gumbtow keine Stellungnahme. Die Änderungsflächen grenzen nicht unmittelbar an das Gebiet der Gemeinde Gumbtow.</p> <p>Durch die Aufstellung des Bebauungsplans Groß Pankow Nr. 1 „Wohngebiet an der Oberen Dorfstraße“ der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz), ist einer Beeinträchtigung von gemeindlichen Belangen nicht zu erwarten.</p> <p>Auf Grund der großen Entfernung sind hier keine Konflikte ersichtlich.</p> <p>Dessen ungeachtet bitten wir Sie um Mitteilung des Abwägungsergebnisses im Rahmen der Beteiligung nach § 4 (1) BauGB.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Die Gemeinde Gumbtow erhält nach Fassung des Beschlusses zur Abwägung eine entsprechende Mitteilung über das Ergebnis der Abwägung.</p>	<p>K</p> <p>K</p> <p>H</p>
35. Gemeinde Plattenburg	- keine Stellungnahme -	Kenntnisnahme.	K
36. Stadt Perleberg	- keine Stellungnahme -	Kenntnisnahme.	K
37. Gemeinde Karstädt	- keine Stellungnahme -	Kenntnisnahme.	K
38. Amt Putlitz-Berge	- keine Stellungnahme -	Kenntnisnahme.	K

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **09.03.2023** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 02.01.2023 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 02.01.2023 bis zum 03.02.2023, geäußerten Hinweise und Anregungen.

Von der Öffentlichkeit wurden im Zeitraum der öffentlichen Auslegung der Planunterlagen zum Bebauungsplan Groß Pankow Nr. 1 „Wohngebiet an der Oberen Dorfstraße“ keine Stellungnahmen vorgebracht oder zu Protokoll gegeben.

Fazit aus der Abwägung der Stellungnahmen aus dem Beteiligungsverfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB):

Die von den Behörden und Trägern öffentlicher Belange abgegebenen Stellungnahmen wurden in ihrem Inhalt in den Unterlagen des Bebauungsplanes Groß Pankow Nr. 1 berücksichtigt. In Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen mussten in der Planzeichnung (Teil A) sowie in der Begründung kleinere redaktionelle Korrekturen und Ergänzungen vorgenommen werden. Da diese Korrekturen und Ergänzungen zu keinen grundlegenden Änderungen des Bebauungsplanes führen, kann nun der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Die Abwägungsbeschlussvorlage wurde auf der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am __. __. ____ beschlossen.

Stand: Februar 2023

gez. Marco Radloff
Bürgermeister der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz)

Zusammenstellung und Bearbeitung der Berücksichtigung der Stellungnahmen im Auftrag und in Abstimmung mit der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) durch:

Plankontor Stadt und Land GmbH

Am Born 6 B
22765 Hamburg

Karl-Marx-Straße 90 / 91
16816 Neuruppin

Dipl.-Ing Jörg W. Lewin / B.A. Igor Becker